Stadt EMDEN

Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

Sitzungstermin:	Dienstag, 29.04.2025
Beginn der Sitzung:	17:00 Uhr
Ende der Sitzung:	18:09 Uhr
Sitzungsort:	Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende
Rosema, Swantje

SPD-Fraktion
Kruse, Detlef — für Gertrud Rehling
Kruse, Doris

CDU-Fraktion
Ohling, Albert
Risius, Andrea

Gruppe GRÜNE feat. Urmel
Göring, André
Ouedraogo, Abdou

FDP-Fraktion
von Gliszczynski, Alexander

Fraktion DIE LINKE.
Luitjens, Stefan

Beratende Mitglieder
Fietz, Henning
Janssen, Holger — für Stephan Fielers
Kröger-Vodde, Erasmus

Verwaltungsvorstand
Grendel, Volker

von der Verwaltung
Snakker, Kerstin
Lisson, Carsten
Schabler, Martin
Hilbers, Sabine
Imamovic, Edvija
Müller, Berend
Obes, Dirk, Dr.
Schüning, Helga
Strauch, Constantin
Kübler, Katharina

Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 29.04.2025

Protokollführung
Klaaßen, Celina

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Rosema begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Rosema teilt mit, TOP 8, Vorlage 18/1551 „Vorstellung der Beratungsstelle „Ergänzende Unabhängige Teilhabeberatung“ (EUTB) des Vereins „Unabhängige Teilhabeberatung för elk un een e.V.“ werde vertagt, da Herr Habl krankheitsbedingt fehle. Der Punkt werde in der nächsten Ausschusssitzung behandelt.

Frau Kruse weist darauf hin, dass im Ratsinformationssystem nur das Protokoll Nr. 21 vom 06.11.2024 vorhanden sei, die Protokolle Nr. 22 und 23 fehlten.

Frau Rosema bedankt sich für den Hinweis und kündigt an, die Genehmigung der fehlenden Protokolle in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration nachzuholen.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 06.11.2024

Beschluss: Das Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 06.11.2024 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Genehmigung des Protokolls Nr. 22 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 21.11.2024

Beschluss: Das Protokoll Nr. 22 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 21.11.2024 wird genehmigt.

Ergebnis: Vertagt

TOP 5 Genehmigung des Protokolls Nr. 23 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 28.01.2025

Beschluss: Das Protokoll Nr. 23 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 28.01.2025 wird genehmigt.

Ergebnis: Vertagt

TOP 6 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 7 Leistungs- und Vergütungsvereinbarung mit dem Leinerstift e.V. über die Leistungserbringung von Schulassistenzen nach dem SGB IX
Vorlage: 18/1597

Frau Hilbers erläutert die Vorlage ausführlich.

Des Weiteren erklärt sie, warum die Vorlage keine unmittelbaren finanziellen Auswirkungen habe. Es sehe zwar auf den ersten Blick nach möglichen Folgekosten aus, faktisch ändere sich jedoch nichts, da die Fallzahlen nicht durch neue Anbieter, sondern durch Bedarfsmeldungen der Schulen bestimmt würden. Die neuen Anbieter bewegten sich preislich auf dem Niveau der bisherigen, und die Qualifikationsstufen seien vergleichbar. Auch eine Zunahme an Fällen sei durch die Einführung eines weiteren Anbieters nicht zu erwarten. Frau Hilbers bittet abschließend um Zustimmung zur Vorlage.

Frau Rosema bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Frau Kruse bedankt sich für die Erläuterungen. Die SPD-Fraktion werde der Vorlage zustimmen. Besonders positiv sei, dass Elemente aus dem SGB IX übernommen würden. Sie erinnert daran, dass die Vielzahl an Anbietern die Arbeit für Schulen teils erschwere, auch wenn die Entscheidung letztlich bei den Eltern liege. Sie bittet Herrn Grendel um eine kurze Erläuterung zur angedachten Koordination.

Herr Grendel führt aus, dass man grundsätzlich versuche, zu kooperativen Lösungen zu kommen – beispielsweise bei mehreren Schulassistenzen in einer Klasse. Eine echte Pool-Lösung sei derzeit nicht umsetzbar, da die Eltern ein individuelles Anspruchsrecht hätten. Ziel sei es, gemeinsam mit den Eltern Lösungen zu finden, die einerseits den Bedarf decken, andererseits aber auch Stigmatisierung vermeiden würden. Sofern die Eltern zustimmten könnten Klassenbegleitungen mit Blick auf die gesamte Gruppe hier oft die bessere Lösung sein.

Herr Göring betont, dass auch die Gruppe GRÜNE feat. Urmel die Vorlage unterstütze. Ein weiterer Anbieter stelle für die Eltern eine willkommene Auswahl dar. Er fragt jedoch nach den praktischen Auswirkungen der fehlenden Regelung zu ungelernten Kräften – insbesondere, ob dadurch Einsätze verzögert würden, und wie lange eine Vereinbarung in solchen Fällen dauere. Außerdem interessiere ihn, weshalb die Verhandlungen zu diesem Punkt bislang gescheitert seien.

Herr Grendel erläutert, dass die Verhandlungen mit Anbietern wie dem Leinerstift im Rahmen des sozialen Leistungsdreiecks zwischen Kostenträger, Leistungserbringer und Leistungsberechtigten stattfänden. Man sei verpflichtet, mit jedem Anbieter zu verhandeln. Beim Leinerstift, mit dem es bereits gute Erfahrungen in der Jugendhilfe gebe, sei dies ebenfalls geschehen. Die Verhandlungen würden sich unter anderem auf den Stundensatz für ungelerntes Personal beziehen. Hier orientiere man sich an Erfahrungswerten der Pflegesatzstelle. Sollte der geforderte Satz stark abweichen, könne keine Einigung erzielt werden, da dies auch Auswirkungen auf die Preisstruktur anderer Anbieter hätte. Das könne daran liegen, dass das Leinerstift vor allem Fachkräfte beschäftige und auch ungelernte Kräfte entsprechend schule und unterstütze, was Mehrkosten verursachen könne. Konkrete Angaben zu Einzelpositionen in den Verhandlungen könne er jedoch nicht öffentlich machen.

Frau Hilbers ergänzt, dass Kinder nicht warten müssten, wenn ein Anbieter wie das Leinerstift bestimmte Qualifikationen nicht anbiete. In solchen Fällen würden den Eltern andere geeignete Anbieter vorgeschlagen, die das erforderliche Personal vorhielten.

Herr von Gliszczynski kündigt die Zustimmung der FDP-Fraktion an und bittet um Auskunft zur Zahl der Schulbegleiter in Emden sowie zur Entwicklung in den letzten zehn Jahren.

Frau Hilbers antwortet, dass im Bereich des SGB IX aktuell etwa 60 Schulassistenzen eingesetzt würden. Diese Zahl beinhalte auch Kooperationsfälle mit dem SGB VIII oder anderen Stellen. Vor etwa zehn Jahren habe die Zahl bei rund zehn gelegen, seit der Einführung der Inklusion sei sie kontinuierlich gestiegen. Genaue Zahlen könne sie jedoch nicht nennen.

Frau Snakker ergänzt, dass aktuell insgesamt etwa 120 Schulassistenzen im Einsatz seien: 60 im SGB IX-Bereich, rund 30 im Rahmen systemischer Betreuungen und der Rest im SGB VIII-Bereich.

Herr Ouedraogo fragt nach den Unterschieden bei den Vergütungssätzen von Schulassistenzen mit Hochschulabschluss im Vergleich zu solchen mit dreijähriger Ausbildung.

Frau Hilbers erklärt, dass die Kostenunterschiede auf die höheren Gehälter und Arbeitgeberaufwendungen bei Hochschulabsolventen zurückzuführen seien.

Herr Grendel fügt hinzu, dass ein Bachelorabschluss trotz ähnlicher Ausbildungsdauer wie eine Berufsausbildung ein höheres Qualifikationsniveau voraussetze und daher auch höhere Kosten verursache. Der Unterschied entspreche der allgemeinen Einteilung in gehobenen und mittleren Dienst, wie man sie auch aus anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes kenne.

Herr Ohling fragt, ob jeder Fachbereich eigene Leistungsvereinbarungen mit den Trägern schließen müsse oder ob es nicht effizienter wäre, stadtweit einheitliche Vergütungssätze festzulegen – schließlich müssten die Leistungen ohnehin bezahlt werden, was bei einheitlicher Handhabung Arbeitszeit sparen würde.

Frau Hilbers bestätigt grundsätzlich die Notwendigkeit der Bezahlung und verweist darauf, dass im SGB VIII und SGB IX unterschiedliche Standards hinsichtlich der Abrechnungsmodalitäten

bestehen würden. Wenn etwa eine Vereinbarung mit dem Leinerstift im SGB IX abgeschlossen werde und der Jugendbereich deren Inhalte und Finanzierungen akzeptiere, könne diese auch dort verwendet werden. Es sei also nicht zwingend nötig, doppelte Verträge zu schließen, jedoch liege die Entscheidung beim jeweiligen Träger, in diesem Fall beim Jugendhilfebereich.

Herr Grendel ergänzt, dass im SGB IX ein übertragener Aufgabenbereich mit finanzieller Beteiligung des Landes vorliege – daher sei eine gemeinsame Nutzung von Rahmendienstvereinbarungen dort sinnvoll und gewünscht. Der Jugendhilfebereich agiere dagegen im eigenen Wirkungskreis, wodurch sich eigenständige Strukturen entwickelt hätten. Die Reform des SGB VIII ziele allerdings darauf ab, diese Bereiche zusammenzuführen, sei aber in der letzten Legislaturperiode nicht mehr beschlossen worden. Entsprechende Regelungen würden jedoch in naher Zukunft erwartet.

Beschluss: Dem Abschluss einer Leistungs- und Vergütungsvereinbarung mit dem Leinerstift e.V. über die Leistungserbringung von Schulassistenzen nach dem SGB IX wird zugestimmt.

Ergebnis: einstimmig

M I T T E I L U N G S V O R L A G E N

TOP 8 Vorstellung der Beratungsstelle "Ergänzende Unabhängige Teilhabeberatung" (EUTB) des Vereins "Unabhängige Teilhabeberatung för elk un een e.V."
Vorlage: 18/1551

Ergebnis: Vertagt

TOP 9 Stellungnahme des Sozialpsychiatrischen Verbundes (SpV) zur gemeindepsychiatrischen Versorgung in Emden
Vorlage: 18/1599

Frau Kübler erläutert die Stellungnahme zur gemeindepsychiatrischen Versorgung in Emden anhand einer PowerPoint-Präsentation. Diese ist im Bürgerinfoportal unter https://gremieninfo.emden.de/bi/si0057.asp?__ksinr=20066609 einsehbar.

Frau Rosema bedankt sich für die Vorstellung und bittet um Wortmeldungen.

Frau Kruse merkt an, das Positionspapier sei gelungen und der sozialpsychiatrische Verbund von großer Bedeutung. Die Umsetzung der enthaltenen Maßnahmen, insbesondere die Einrichtung psychiatrischer Versorgungszentren unter der Trägerschaft, sei jedoch mit erheblichen Herausforderungen verbunden.

Herr Grendel ergänzt, auch die Verwaltung sei dankbar für die strukturierte Zusammenfassung im Positionspapier. Einige Punkte könne die Stadt eigenständig umsetzen, andere erforderten die Zusammenarbeit mit der Trägerschaft des Klinikums. Das Papier sei bereits an die Klinik weitergegeben worden und es gebe eine erste Einordnung. Termine zur weiteren Abstimmung seien ebenfalls geplant. Die endgültige Umsetzung hänge stark von der künftigen stationären

Struktur und den Auswirkungen der laufenden Krankenhausreform ab. Der Zeitpunkt für das Papier sei gut gewählt, da es in aktuelle Prozesse eingebunden werden könne.

Frau Snakker erklärt, das Papier sei auf Wunsch des sozialpsychiatrischen Verbundes in die politische Diskussion eingebracht worden. Der Verbund wolle frühzeitig in die Planungen einbezogen werden, um gestalterisch mitwirken zu können.

Herr Ouedraogo unterstreicht die Bedeutung der unterbrechungsfreien Begleitung für den Behandlungserfolg psychisch erkrankter Menschen. Er spricht sich für den vorgestellten Ansatz aus und signalisiert die Unterstützung der Gruppe GRÜNE feat. Urmel.

Herr Göring äußert die Befürchtung, dass bei der Konzentration auf das Zentralklinikum sekundäre Bereiche zu kurz kommen könnten. Diese Bereiche seien jedoch wichtig, um politische Entscheidungsträger regelmäßig zu sensibilisieren. Die Experten müssten auf Lücken hinweisen, damit die Politik fundiert entscheiden könne. Er spricht sich dafür aus, diese Themen häufiger in den Ausschuss einzubringen.

Herr Grendel führt aus, man habe bereits früh mit Umfeldanalysen begonnen und ein spezialisiertes Unternehmen beauftragt. Die zwischenzeitlichen gesetzlichen Änderungen hätten allerdings dazu geführt, dass das vorhandene Gutachten nur noch eingeschränkt nutzbar sei. Nun sei das Vorhaben weiter konkretisiert, sodass die Ergebnisse besser eingebunden werden könnten. Modelle wie die tagesklinische Versorgung oder die PIA würden diskutiert. Man wolle vorausschauend planen, doch frühe Planungen würden teilweise durch spätere Entwicklungen überholt.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 10 Emder Bewegungssommer im Rahmen der Projektförderung "Gesundheit im Quartier"
Vorlage: 18/1595

Herr Schabler weist vor der Projektvorstellung daraufhin, dass Bewegung ein wesentlicher Bestandteil der Gesundheitsförderung sei, der in der Vergangenheit bereits vielfach thematisiert wurde. Des Weiteren betont er die Bedeutung gezielter Projektförderung in den größten Quartieren, wie bereits in der Sozialraumanalyse und im Kindergesundheitsbericht empfohlen. Ein nun gefundenes Förderprogramm unterstütze diesen Ansatz ausdrücklich. Es ermögliche eine unkomplizierte Förderung im Bereich Gesundheit und Bewegung. Das folgende Projekt – der Emder Bewegungssommer – sei ein gemeinsames Vorhaben des Fachdienstes Gesundheit und des Fachdienstes Gemeinwesen.

Frau Schüning stellt den Emder Bewegungssommer anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Diese ist im Bürgerinfoportal unter https://gremieninfo.emden.de/bi/si0057.asp?__ksinr=20066609 einsehbar.

Frau Rosema bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Frau Kruse begrüßt die Bündelung von Fördermitteln und hebt hervor, wie wichtig Bewegung sei – für Kinder wie auch für Erwachsene. Sie sehe zudem eine sinnvolle Verbindung zu Emder Vereinen, die von einer steigenden Teilnahme profitieren könnten. Leichte Bedenken äußert sie hinsichtlich möglicher Konkurrenz zum Ferienpassprogramm, schätzt jedoch die breite Ausrichtung und die niederschwellige Zugänglichkeit über die Gutscheine positiv ein.

Herr Ouedraogo äußert die Hoffnung, dass das Projekt zu mehr sichtbarer Lebensfreude in der Stadt führen werde und mehr Menschen gesellschaftlich aktiv werden könnten.

Frau Snakker sieht in dem Projekt keine Konkurrenz zum Ferienpass, da es auch Erwachsene anspreche und durch die spontane Teilnahme lebe. Sie lobt das Engagement der beteiligten Mitarbeitenden und spricht sich ebenfalls für mehr Lebensfreude in der Stadt aus.

Herr Schabler unterstreicht, dass der Ferienpass nicht alle Kinder erreiche – insbesondere nicht in den Quartieren, in denen es Zugangsschwierigkeiten gebe. Genau dort setze das Bewegungsprogramm gezielt an und biete eine wichtige Ergänzung. Darüber hinaus überschreite das Projekt zeitlich die Ferien und erreiche somit auch Kinder außerhalb der klassischen Ferienangebote.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 11 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Strauch berichtet, dass die Umstellung auf die Bezahlkarte für Grundleistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Emden nahezu abgeschlossen sei. 128 Karten seien bereits ausgegeben worden, nur zwei Personen stünden noch aus. Die Einführung sei mit hohem Aufwand verbunden gewesen, insbesondere was die persönliche Information und technische Unterstützung (z. B. Installation der App und Browser-Version) betreffe. Insgesamt habe die Umstellung jedoch weitgehend reibungslos funktioniert, was zu einem geringen Rückfrageaufkommen geführt habe. Technische Schwierigkeiten bestünden noch bei der Nutzung von Lastschrift- und Überweisungsfunktionen, allerdings seien Verbesserungen seitens des Anbieters angekündigt. Insgesamt ziehe er ein positives Fazit.

Frau Snakker übermittelt eine Mitteilung von Stefanie Holle: Der ambulante Pflegedienst der Caritas werde zum 31.05.2025 eingestellt. Für alle bisherigen versorgten Personen seien Anschlusslösungen gefunden worden. Frau Holle habe betont, dass das Haus Simeon von dieser Maßnahme nicht betroffen sei. Es handele sich nicht um eine Schließung des Hauses, sondern ausschließlich um den ambulanten Dienst. Die Ursache sei der Fachkräftemangel. Frau Holle habe darum gebeten, möglichen Gerüchten entgegenzuwirken und dies klarzustellen.

TOP 12 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.